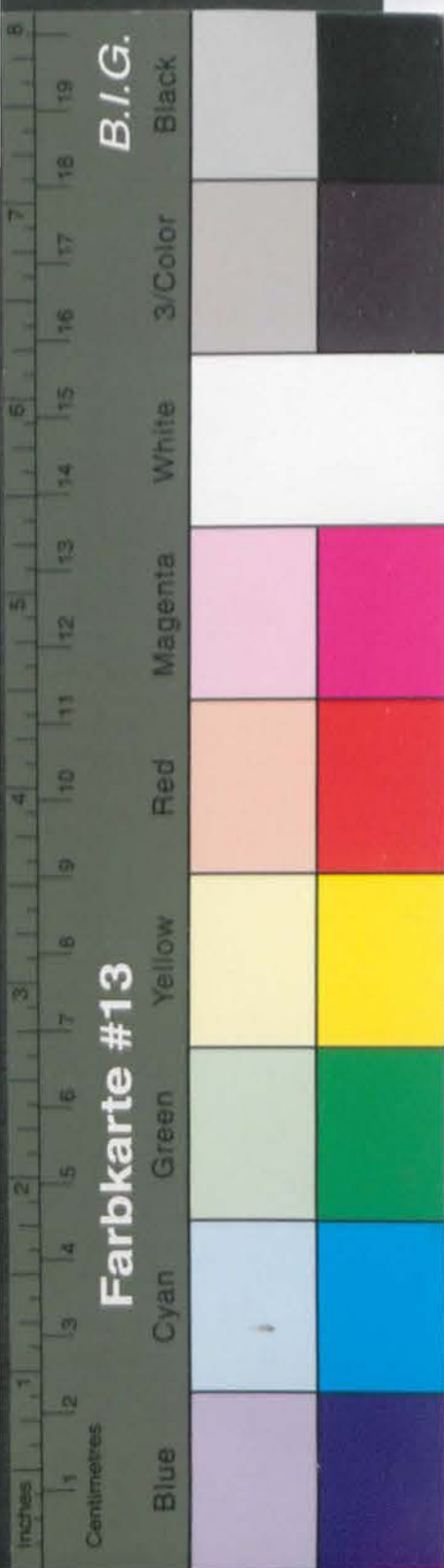


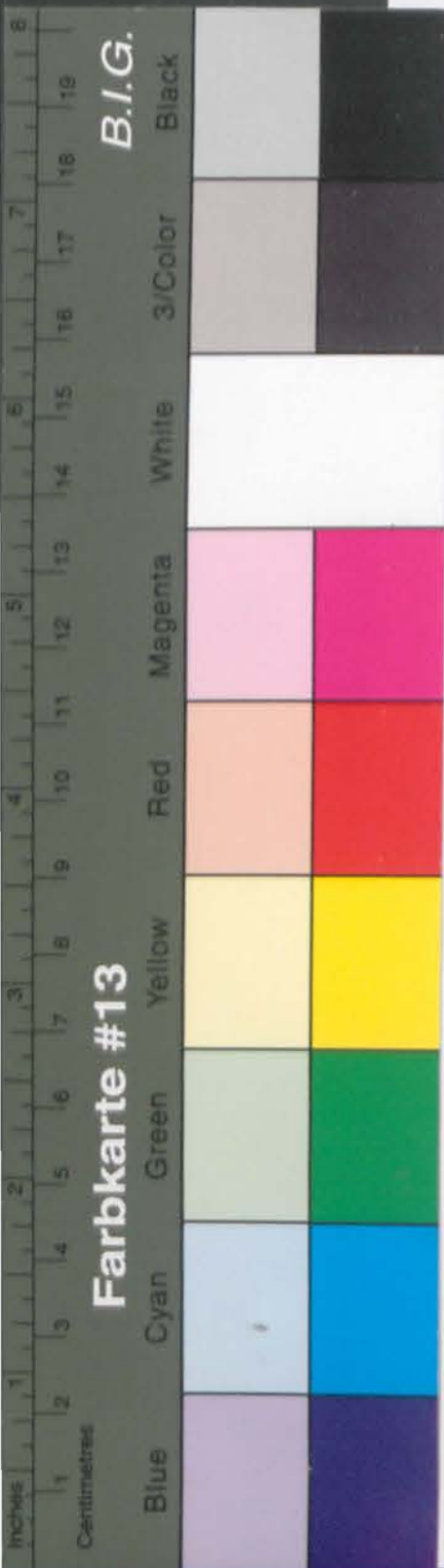


Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B 2

548



Kreisarchiv Stormarn B2

Ab s c h r i f t v o n A b s c h r i f t

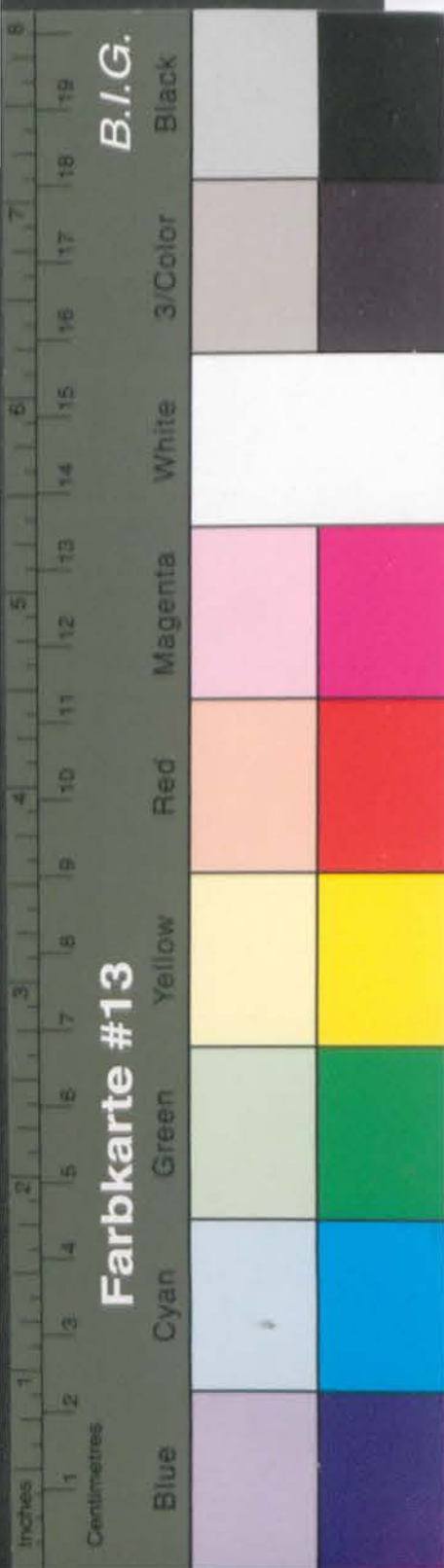
Sond. 1617/34.
8) Sond.Ger. 313/35.

U r t e i l . =====

Im Namen des Deutschen Volkes !

In der Strafsache
gegen

1. die Ehefrau
Dorothea Marie Christine G o l l y geb. Lamp,
geboren am 9. November 1887 in Hamburg,
2. den Boten, posthelfer
Alfred August B l e s s i n g,
geboren am 6. November 1899 in Bromberg,
3. die Ehefrau
Hildegard B l e s s i n g geb. Becker,
geboren am 21. März 1904 in Posen,
4. den Reisenden
Kardel Peter Hinrich B o c k h o l d t,
geboren am 5. Dezember 1895 in Friedrichstadt,
5. die Ehefrau
Emma Dorothea B o c k h o l d t geb. Lass,
geboren am 25. Mai 1890 in Hedwigenkoog,
6. die Verkäuferin
Martha B r a n d t geb. Barzel,
geboren am 18. Februar 1897 in Gneist, Krs. Lötzen,
7. die Kriegerwitwe
Elisabeth B i c k h o f f geb. Weiniger,
geboren am 26. Mai 1879 in Würzburg,
8. die Ehefrau
Mathilde J a h n geb. Ott,
geboren am 18. April 1883 in St. Margarethen, Kreis Steinburg, Pr.
9. den Mieter
Julius L u n d,
geboren am 30. Juli 1881 in Halstrup,
Kreis Hadersleben (Dänemark),
10. den Kraftmoschenbesitzer
Hermann Heinrich Johann M o l l e r,
geboren am 18. November 1885 in Wittenförden
Mecklenburg,
11. die Ehefrau
Elli Dorothea Mathilde H o e b e l geb. Krohn,
geboren am 24. Juni 1899 in Wiemerskamp,
Kreis Stormarn,



Kreisarchiv Stormarn B2

12. die Ehefrau
Hilse Bertha Henriette P. I. u. R. a. u. P. f.
geb. Lohse, geboren am 31. März 1893 in Hamburg.

13. die Ehefrau
Hilse Auguste Johanna Adine v. R. e. n. t. e. i.
geb. Hohnhorst, geboren am 9. Dezember 1888 in Lübeck.

14. die Witwe
Hilse Anna Dorothea S. e. v. e. r. i. n. geb. Hies, geboren am 28. August
1882 in Hamburg, Kreis Weimarsche.

15. den Schriftsetzer
Gustav Adolf W. a. s. i. i.
geboren am 13. März 1873 in Soltau (Pommern).

16. die Ehefrau
Hilse Maria Henriette W. i. f. f. o. t. geb. Priemer
geboren am 16. März 1883 in Wollendorf, Kreis Schwerin.

17. den Dreher
Christoph Leberecht Max H. a. s. a. t. u. r. i. u.
geboren am 11. Juli 1884 in Berlin.

18. die Schneiderin
Hilse Emilie Hilse i. m. m. a. n. o. e. h.
geboren am 10. April 1880 in Wollendorf, Kreis Gendarmen.

19. den Maler
Johann Heinrich Otto Hermann W. e. i. s. s.
geboren am 8. Mai 1873 in Hamburg.

20. die Ehefrau
Auguste W. e. i. s. s. geb. Hilsand
geboren am 29. Januar 1874 in Schippenbeil, Kreis Friedrichs.

21. den Anstreicher
Kurt Alfred Paul S. a. n. d. e. r.
geboren am 14. Februar 1888 in Grefen (Pommern).

22. die Ehefrau
Hilse Karoline Ernestine S. a. n. d. e. r.
geb. Hahn, geboren am 9. Mai 1887 in Grefen, Mecklenburg.

wegen Vergehens gegen die Verordnung vom 28. Februar 1933
hat das Hanseatische Sondergericht
in Hamburg in der Sitzung vom 13. November
1933, an welcher teilgenommen haben:
Landgerichtsdirektor von Bergen
als Vorsitzender,
Richter Heilmann,
Richter Dr. Gollig
als beauftragte Richter,
Staatsanwalt Jahn
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Prozesssekretär Hilff
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen Vergehens gegen Par. 1, 4 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit der Bekanntmachung der Hamburgischen Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 zu je 2 Monaten Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Den Angeklagten Frau Brandt, Frau Jahn und Möller wird die erlittene Schutzhaft angerechnet.

Gründe:

Durch Bekanntmachung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 wurde die "Norddeutsche Bibelforschervereinigung e.V." für das gesamte hamburgische Staatsgebiet auf Grund des Par. 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 verboten und aufgelöst. Der Verbot erfolgte ebenso wie das inhaltlich gleich lautende Verbot des preussischen Innenministers für den preussischen Staat, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Bibelforscher unter dem Deckmantel angeblich wissenschaftlicher Forschung gegen die staatlichen und kirchlichen Einrichtung in hetzerischer Weise Stellung nahmen. Die Tendenzen dieser internationalen Vereinigung richten sich besonders gegen die kulturelle Struktur des heutigen Staates. Die Anhänger der Bibelforscher-Organisation sind zum grössten Teil zunächst den staatlichen Anordnungen nachgekommen, jedoch machten sich im Laufe des Herbstes 1934 Anzeichen bemerkbar, aus denen zu schliessen war, dass die Gemeinschaft der Bibelforscher wieder hergestellt werden sollte. Von wesentlicher Bedeutung für diese neue illegale Tätigkeit der Bibelforscher war ein Schreiben des Gesamtleiters ihrer Organisation, des Amerikaners J.F. Rutherford, in dem die Anhänger der Vereinigung aufgefordert wurden, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen und sich nicht an die Massnahmen der deutschen Regierung zu halten. Die "Zeugen Jehovas", wie sich die Anhänger der Bibelforschervereinigung nennen, sollten am 7. Oktober 1934 zusammenkommen und bei dieser Zusammenkunft sollte der Brief Rutherford's verlesen werden; auch war beabsichtigt, ein Protestschreiben wegen des Verbotes an die deutsche Regierung abzusenden. Im Anschluss an diese unerlaubte Zusammenkunft hat sich ferner herausgestellt, dass weitere Versammlungen in kleinen Kreisen abgehalten wurden, und ausserdem sind die Bibelforscher wieder dazu übergegangen, für die Organisation durch Verteilen von Schriften und Büchern und durch mündliche Aufklärung zu wirken.

Die Rechtsgültigkeit der Bekanntmachung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 ist vom Hanseatischen Sondergericht in ständiger Rechtsprechung bejaht worden.

Es wird den 22 Angeklagten zur Last gelegt, der Bekanntmachung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 zuwider gehandelt zu haben. Vergehen gegen Par. 1, 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933.

Das Sondergericht hat auf Grund der Hauptverhandlung folgendes festgestellt:

Am Sonntag, den 7. Oktober 1934, fanden in Hamburg mehrere Zusammenkünfte früherer Mitglieder und Anhänger der "Norddeutschen Bibelforschervereinigung e.V." statt, um das Schreiben des Amerikaners J.F. Rutherford zu verlesen und gegebenenfalls wegen des Verbotes der "Norddeutschen Bibelforschervereinigung e.V." ein Protestschreiben an die deutsche Reichsregierung abzusenden, und zwar u.a. in den Wohnungen Eppendorferweg 168 des bereits verurteilten Golly und Lehmweg 7 Hs. 3 I. Stock des bereits verurteilten Zietlow. Diese Zusammenkünfte sind in der Weise durchgeführt worden, dass das Schreiben des Amerikaners J.F. Rutherford vorgelesen und über das geplante Protestschreiben an die deutsche Reichsregierung zum mindestens gesprochen wurde. Sie haben etwa 10-15 Minuten gedauert. Die Angeklagten Frau Golly, Eheleute Blessing, Eheleute

Kreisarchiv Stormarn B2

Farbkarte #13

B.I.G.

Centimetres
Inches

Black

3/Color

White

Magenta

Red

Yellow

Green

Cyan

Blue

3

- 3 -

Für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen Vergehens gegen Par. 1. 4 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit der Bekanntmachung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 zu je 2 Monaten Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.
Den Angeklagten Frau Brandt, Frau Jahn und Möller wird die existenz Schutzhalt zugerechnet.

G r u n d:

Durch Bekanntmachung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 wurde die "Norddeutsche Bibelforschervereinigung e.V." als "Vereinsgesellschaft" nach dem Reichsgesetz vom 28. Februar 1933 verboten und aufgelöst. Der Verbot erfolgte ebenso wie das inhaltlich gleich lautende Verbot des preussischen Landesministers für den preussischen Staat, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Bibelforscher unter dem Deckmantel einer geistlich wissenschaftlichen Forschung gegen die staatlichen und kirchlichen Einrichtungen in hetzerischer Weise Stellung nahmen. Die Tendenzen dieser internationalen Vereinigung richteten sich besonders gegen die kulturelle Struktur des heutigen Staates. Die Anhänger der Bibelforscher-Organisation sind zum größten Teil zugehörig dem staatlichen Anordnungen nachgekommen, jedoch machten sich im Laufe des Herbstes 1934 Anzeichen bemerkbar, aus denen zu schließen war, dass die Gemeinschaft der Bibelforscher wieder hergestellt werden sollte. Von wesentlicher Bedeutung für diese neue Lebensgemeinschaft der Bibelforscher war ein Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden, des Amerikaners J.F. Rutherford, in dem die Anhänger der Vereinigung aufgefordert wurden, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen und sich nicht an die Massnahmen der deutschen Regierung anzuschließen. Die "Zeugen Jehovas", wie sich die Anhänger der Bibelforschervereinigung nennen, sollten am 7. Oktober 1934 zusammenkommen und bei dieser Zusammenkunft sollte der Brief Rutherford's gelesen werden; auch war beabsichtigt, ein Protestschreiben wegen des Verbotes an die deutsche Regierung zu senden. Im Anschluss an diese unerlaubte Zusammenkunft hat sich ferner herausgestellt, dass weitere Versammlungen in kleinen Kreisen abgehalten werden, und dass sie sind die Bibelforscher wieder dazu übergegangen, für die Organisation durch Vertreiben von Schriften und Reden und durch mündliche Erklärung zu werden.

Die Rechtsgültigkeit der Bekanntmachung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 ist vom Hanseatischen Sondergericht in ständiger Rechtsprechung bejaht worden.

Es wird den 22 Angeklagten zur Last gelegt, der Bekanntmachung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 zuwider gehandelt zu haben. Vergehen gegen Par. 1. 4 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933.

Das Sondergericht hat auf Grund der Hauptverhandlung folgendes festgestellt:

Am Sonntag, den 7. Oktober 1934, fanden in Hamburg mehrere Zusammenkünfte trübender Mitglieder und Anhänger der "Norddeutschen Bibelforschervereinigung e.V." statt, an dem Teilnehmer J.F. Rutherford, der in Deutschland zu verhaften und gegenstandslos wegen des Verbotes der "Norddeutschen Bibelforschervereinigung e.V." ein Protestschreiben an die deutsche Reichsregierung zu senden, und zwar u.a. in den Wohnungen Spandorfstr. 165 des bereits verurteilten Golly und Lohmeyer v. H. 3. 1. 1933 des bereits verurteilten Zietlow. Diese Zusammenkünfte sind in der Weise durchgeführt worden, dass das Schreiben des Amerikaners J.F. Rutherford vorgelesen und über das gleiche Protestschreiben an die deutsche Reichsregierung zum mindesten gesprochen wurde. Die dabei etwa 10-15 Minuten gedauert. Die Angeklagten Frau Golly, Eheleute Hiesing, Eheleute

- 4 -

Bockholdt, Frau Brandt, Frau Bickhoff, Frau Jahn, Lund, Möller, Frau Noebel, Frau Pflughaupt, Frau v. Rentzel, Frau Severin, Wasil und Frau Wittfoot haben an der Zusammenkunft in der Wohnung des Verurteilten Golly und die Angeklagten Hassfurth, Fr.. Immenroth, Eheleute Weiss und Eheleute Zander haben an der Zusammenkunft in der Wohnung des bereits verurteilten Zietlow teilgenommen. Das Verbot und die Auflösung der "Norddeutschen Bibelforschervereinigung e.V." durch die Bekanntmachung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 ist allen 22 Angeklagten bekannt gewesen. Sie haben nach ihren Angaben diesem Verbot vorsätzlich oder zum mindestens mit bedingtem Vorsatz dadurch zuwider gehandelt, dass sie trotz Kenntnis des Verbotes an diesen Zusammenkünften des 7. Oktobers 1934 teilnahmen oder sich aus ihnen nicht entfernten, obgleich sie wussten oder damit rechnen mussten und es in Kauf nahmen, dass diese Zusammenkünfte vom 15. Juli 1933 fielen. Sie haben soch somit eines Vergehens gegen Par. 1. 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat in Verbindung mit der Bekanntmachung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 schuldig gemacht.

Die Strafzumessung beruht auf folgenden Erwägungen:

Alle 22 Angeklagte sind unbestraft und durchweg ordentliche Leute. Die Bibelforscher befinden sich in einem tragischen Konflikt, weil sie meinen, nur den Anordnungen Gottes oder seines Stellvertreters J.F. Rutherford gehorchen zu müssen, während sie andererseits die staatlichen Gesetze missachten. Das Sondergericht hat schon wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass die Betätigung der Bibelforscher eine ernste Gefahr für die deutsche Volksgemeinschaft bildet. Der Staat kann es nicht dulden, dass sich ein Mann wie der Amerikaner J.F. Rutherford in Deutschland eine Garde von Anhängern auswählt, die nur ihm ergeben sind und die den Staat, in dem sie leben, verachten und beschimpfen. Alle 22 Angeklagte sind lediglich Mitläufer gewesen und sind nur am 7. Oktober 1934 und teilweise noch in den nächsten Wochen in ganz kleinen Kreisen zusammengekommen. Die Verurteilung einer Anzahl ihrer Glaubensbrüder und Glaubesschwester durch das Hanseatische Sondergericht hat bei ihnen die Wirkung gehabt, dass sie sich nicht von neuem gegen die Bekanntmachung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 vergingen. Das Sondergericht hat deshalb bei ihnen auf die zuletzt allgemein gegen Mitläufer erkannte Strafe von 2 Monaten Gefängnis erkannt.

Es konnte keine Ausnahme bei dem Angeklagten Wasil machen. Dieser gibt an, er sei mit der Zusammenkunft des 7. Oktobers 1934 nicht einverstanden gewesen. Wenn er dennoch an der Zusammenkunft im Hause des bereits verurteilten Golly teilgenommen hat, so konnte das Sondergericht ihn deshalb nicht milder bestrafen, als er sich ja nicht wie die übrigen 21 Angeklagten in einem so starken inneren Konflikt befand, ob er dem Gebote Gottes mehr gehorchen sollte als den Massnahmen der deutschen Reichsregierung oder einer der Landesbehörden. Wenn er dennoch an der Zusammenkunft des 7. Oktober 1934 teilgenommen hat, erscheint die ebenso strafwürdig, als wenn er sich in einem inneren Konflikt befand und aus diesem heraus glaubte, an der Zusammenkunft des 7. Oktober 1934 teilnehmen zu müssen.

Par. 27 b StGB. fand keine Anwendung. Die Schutzhalt wurde den Angeklagten Frau Brandt, Frau Jahn und Möller zugerechnet.

Die Kostenentscheidung beruht auf Par. 465 StPO.

gez. von Bergen gez. Steinitz gez. Dr. Golpe

Für die Richtigkeit der Abschrift:
Hamburg, den 22. Nov. 1949

(L.S.)

gez. Unterschrift

Justizobersekretär

19. Oktober 1949.

Kreissonderhilfsausschuss

4-1/9-Lund-D.-/-

An den Herrn
Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht,

H a m b u r g .

Der jetzt in Grosshansdorf wohnhafte Julius L u n d , geb. 30.7.1881 in Haystrup hat bei dem Kreissonderhilfesausschuss den Antrag auf Haftentschädigung gestellt und behauptet, durch Urteil des Sondergerichts Hamburg am 13.11.1935 -Akts.: XI Sond 1617/34 zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden zu sein.

Um Ueberlassung der Akten für kurze Zeit zur Einsichtnahme wird gebeten.

In Auftrag:

[illegible]

Die Kostenentscheidung beruht auf Pat. 405 410.

klaffen den Hohlraum mit einer Infusion aus.

Der SA-Führer fand keine Unterstützung. Die Hauptrolle wurde den Angehörigen der SS inne gegeben. Im Oktober 1934 erschienen die ersten Häftlinge in der SS-Kaserne. Im Oktober 1934 erschienen die ersten Häftlinge in der SS-Kaserne. Im Oktober 1934 erschienen die ersten Häftlinge in der SS-Kaserne.

Bekanntmachung der Heimburger Polizeibehörde vom 15. Juli 1933 schuf die Besatzungsbehörden zum Schutz des Volk und Staat in Verbindung mit der 1. 4 der Verordnung und es in Kraft, nehmen, dass diese Zusammenkünfte vom 15. Juli 1933 ist - was ihnen nicht anfechten, obwohl sie mussten oder damit rechnen mussten verbotenes in diesen Zusammenkünften des V. Ordnung 1933 teilnehmen oder sich bedingten Vorstands geduldet zuwider. Espondelt, dass sie nicht Kenntnis des haben nach ihren Verfahren diesem Verbot vorsätzlich oder aus Unachtsamkeit mit selbstredend vom 15. Juli 1933 ist allen SS Angehörigen bekannt gewesen. Die Polizeibehörde in der "V. 4" durch die Bekanntmachung der Heimburger Polizeibehörde festgenommen. Das Verbot und die Verhängung der "Hordgerichtlichen Befugnisse haben in der Zusammenkunft in der Wohnung des bereits verurteilten und die Angeklagten Hestrich, Dr. Immendorf, Eheleute Weiss und Heidecke nicht. Es haben in der Zusammenkunft in der Wohnung des verurteilten Golia Noebel, Frau Hestrich, Frau A. Heintzel, Frau Geselein, Weisl und Frau Gockel, Frau Bracht, Frau Hirsch, Frau Hirsch, Frau Jahn, Lind, Möller, Frau

4



Kreisarchiv Stormarn B2

Im Auftrage:

Таб. окрестел Тава*

Kreisarchiv Stormarn B2



25. Okt.

Pietech
F. Reizner

7

Der Oberstaatsanwalt
bei dem
Landgericht Hamburg

(24a) Hamburg 36, den 21. November 1949.
Strafjustizgebäude, Sievekingplatz
Fernsprecher: 35 10 12

November 1949.

Aktenzeichen: XI Sond. 1617/34.
In allen Eingaben anzugeben!

An den
Kreissonderhilfsausschuss
Bad Oldesloe.

Zu: G.Z.: 4-1/9-Lund-D./-

25.11.1949
Hd./Hd.Br.

12.11.

Unter Bezugnahme auf das dortige Ersuchen vom 11.3.49.
wird anliegend das Urteil gegen G o l l y u. A. mit der Bitte
um Rückgabe nach Gebrauch übersandt.

A. A.
Meißen
Justizangestellte

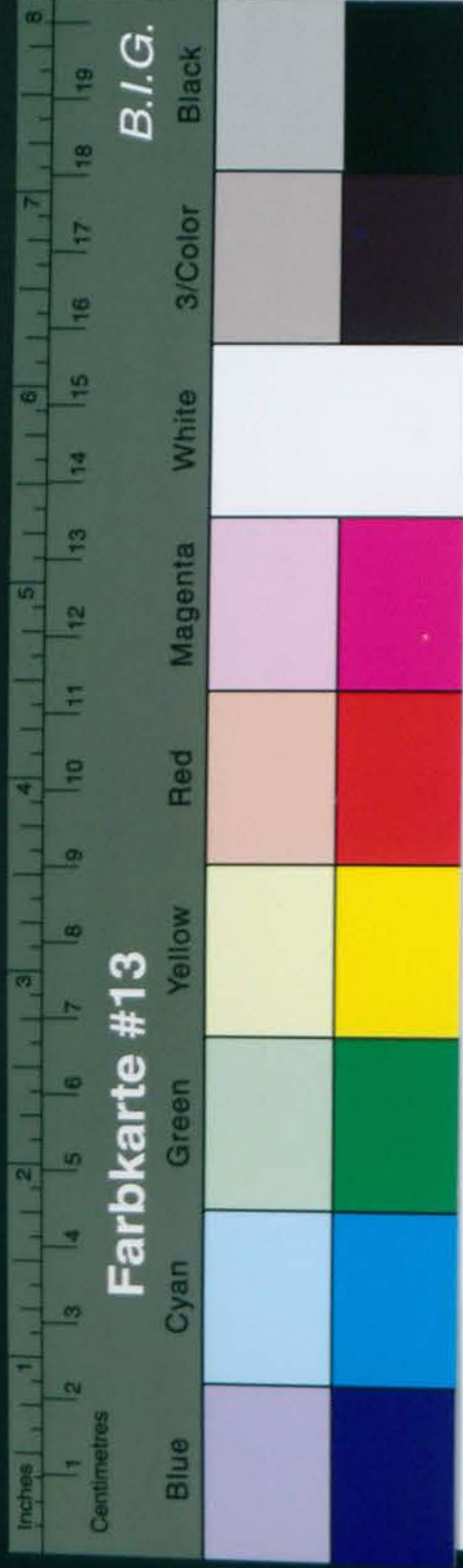
l. And.
mit Dank

StA. Vordr. A. 2 320.0. 10. 49 E 0708

Handwritten text and stamps on the reverse side of the document, including a date stamp "25.11.1949" and a signature.

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025

1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025

1934
1935
1936
1937
1938
1939
1940
1941
1942
1943
1944
1945
1946
1947
1948
1949
1950
1951
1952
1953
1954
1955
1956
1957
1958
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
1972
1973
1974
1975
1976
1977
1978
1979
1980
1981
1982
1983
1984
1985
1986
1987
1988
1989
1990
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022
2023
2024
2025

8

30. November 1949.

Kreisonderprüfungsamt
4-1/9 Iund-D./-

An den Herrn
Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Hamburg,
H a m b u r g
Straßburgerstraße.

In der Strafsache gegen G o l l y u. And.
-Altenseloh: XI Sond. 1617/34 -
wird anlegend die Urteilsabschrift nach Einzelnahme mit Dank
zurückgesandt.

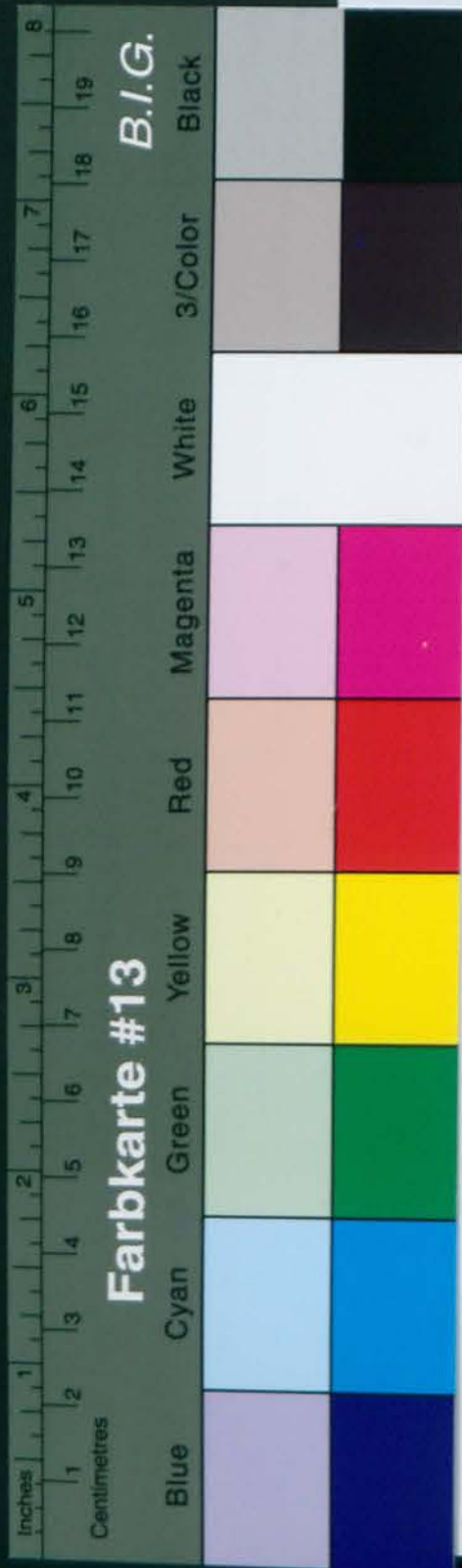
Im Auftrag:
Bd. 6. 1. 257
11. Freyberg am 1. 2. 1949
24. 11. 49

[illegible]

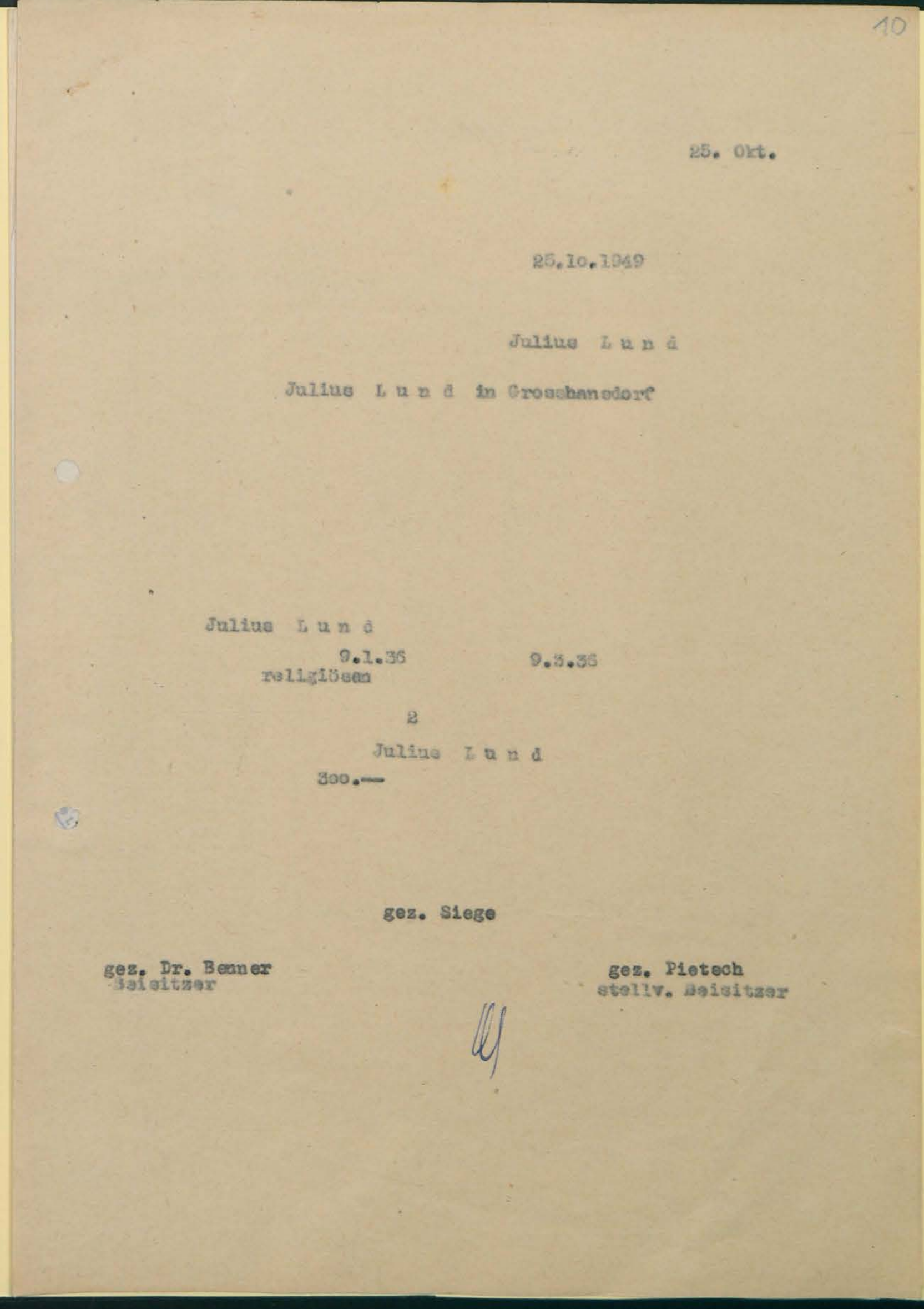
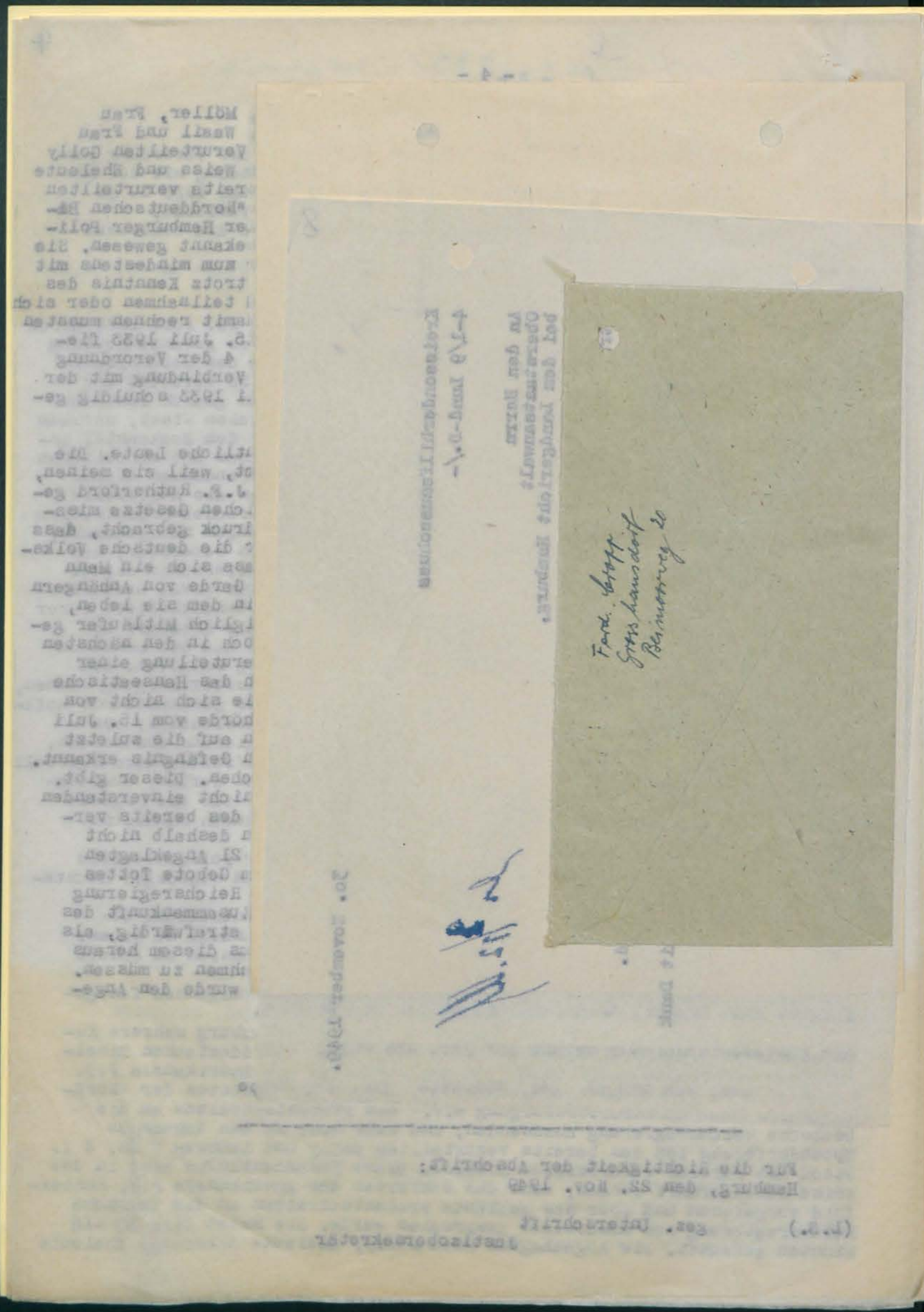
gez. Dr. Benner
Beisitzer

gez. Pietsch
stellv. Beisitzer

25. Okt.



Kreisarchiv Stormarn B2



Kreisarchiv Stormarn B2



11

13. Januar 1950

4-1/9-Kreissonderhilfeausschuss-
- Lund - D./K.

An die
Landesregierung Schleswig - Holstein
Ministerium des Innern
Ref. I/8 a Pol. wi. Gu.
in K i e l

Betrifft: Haftentschädigungsantrag.
Bewang: Erlass vom 10.8.49.

Unter Bezugnahme auf den o.a. Erlass wird anliegend der Antrag des zu
Gr. Hensedorf, Hoisdorferlandstr. 80 wohnhaft gewesenen Julius L u n d
unter Beifügung
a) des Beschlusses des KSHA. vom 29.11.49 in doppelter Ausfertigung,
b) des Haftentschädigungsfragebogens in doppelter Ausfertigung,
c) der Handakten des KSHA.,
überreicht mit der Bitte um Festsetzung der Haftentschädigung.
Mit Rücksicht darauf, dass der Antragsteller gem. der anliegenden Mittei-
lung der Ehefrau am 20.12.49 verstorben ist, wird gebeten, dem Antrage be-
reits jetzt zu entsprechen.

Im auftrage:

Stormarn

Lund
Haistrup
Gr. Hensedorf

Julius
30.7.81
Hoisdorferlandstr. 80

Gr. Hensedorf

Kreisarchiv Stormarn B2



Kiel, den 10. 5. 1958
Gartenstr. 7
Tel. 47931

Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein
Ref. L 844 - 16
Obiges Aktenzeichen
bei allen Schreiben
unbedingt ansetzen.

Landesregierung Schleswig-Holstein
Ministerium des Innern
Ref. I/8 A - Pol. Wi. Gu.

Kiel, den 10.2. 1950.

An
die Geschäftsstelle für die Betreuung der OdN
- Sonderhilfeausschuss -
Kreisverwaltung Stormarn
in Bad Oldesloe.

In der Anlage erhalten Sie den Haftentschädigungsantrag
des ~~XXXX~~ Herrn Julius L u n d , Gr. Hansdorf/Stormarn
nach Entscheidung zurück.
Der Akte ist eine Durchschrift des erteilten Feststel-
lungsbescheides beigelegt.

Im Auftrage
gez. Neurath



bescheid
tel zur
in Höhe
le in
erweisung
dien!

5/2.

im Auftrage:

Letzte jetzt an unterbreiten.
Jung der Breiten am 30.12.49 angetreten ist, wird berichtet, dass er die
Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
a) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
b) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
c) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
d) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
e) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
f) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
g) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
h) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
i) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
j) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
k) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
l) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
m) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
n) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
o) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
p) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
q) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
r) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
s) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
t) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
u) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
v) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
w) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
x) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
y) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn
z) der Hilfsstelle der OdN in der Kreisverwaltung Stormarn in der Kreisverwaltung Stormarn

Bezug: Erlasse vom 10.8.49
Bezug: Haftentschädigungsantrag

In K i e l
Ref. I/8 A Pol. Wi. Gu.
Ministerium des Innern
Landesregierung Schleswig-Holstein
an die

- Rang - D. K.

1/3-Kreisverwaltungsstellen

12. Januar 1950

Kreisarchiv Stormarn B2



Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein
Refex L 844 - 16
Obiges Aktenzeichen
bei allen Schreiben
unbedingt anzugeben.

Kiel, den 10. 5. 1958
Gartenstr. 7
Tel. 47931

Geschäftszeichen: I/8 A - Pol.Wi.Gu.
(Im Antwortschreiben anzugeben) Z./Ra.

An Herrn
Julius L u n d,
Groß-Hansdorf, Kreis Stormarn,
Holsdorferlandstr. 80.

Betrifft: Haftentschädigung.
Bezug: Feststellungsbescheid vom 10.II.1950,
I/8 A - Pol.Wi.Gu.

Unter Bezug auf den oben näher bezeichneten Feststellungsbescheid teile ich Ihnen mit, daß die Landesbezirkskasse II in Kiel zur Zahlung der Haftentschädigung und zwar der Gesamtsumme in Höhe von DM. 300,- angewiesen worden ist. Zahlung, mit der Sie in etwa 8 - 10 Tagen rechnen können, erfolgt im Wege der Überweisung direkt an Sie.

Im Auftrage
gez. Neurath.

bitte wenden!

LANDESREGIERUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN
MINISTERIUM DES INNERN
Der Landesminister des Innern

(24b) KIEL, den 1. März 1950.
Landeshaus
Telefon 21 480-84
Besuchszeiten:
nur Montags, Dienstags,
Donnerstags und Freitags
von 0900-1300 Uhr

Ab schrift!

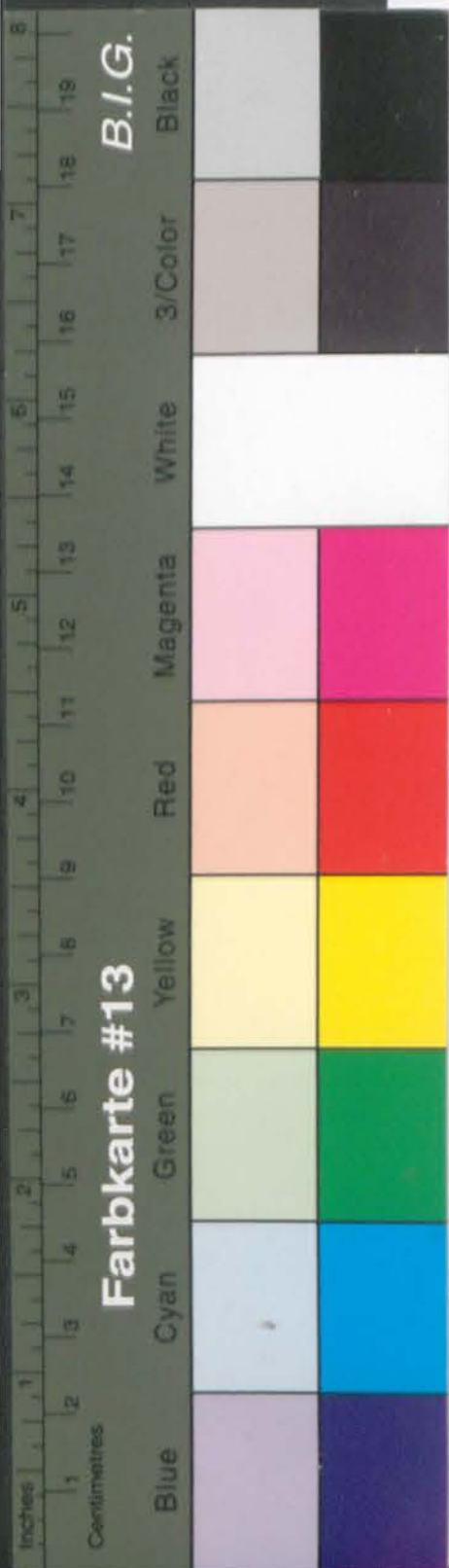
besetzt
malsozialistischen
itz - BEG -)

ikesweg 36, Haus A
chneten
3 des Bun-

dort nach

Begleitet:
Angehörige

Formblatt 2



Kreisarchiv Stormarn B2

STORMARN

L u n d
I
Gr.

I/8 A - Pol. Wi. Gn.
Z. / Fu.

Kiel, den 1. März 1950.

An die
Kreisverwaltung Stormarn,
- Kreisanderhilfenausschuss -
in Bad Oldesloe.

Unseitige Abschrift wird zur gefälligen Kenntnis überreicht.

Im Auftrage:
Wagner
Bd. 8. 77. 3. 20
zum Vortrag.
Bd. 8. 2. 2. 2.
Athen Wagner.

Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein
Ref. L 844 - 16
Obiges Aktenzeichen
bei allen Schreiben
unbedingt angeben.

Kiel, den 10. 5. 1958
Gartenstr. 7
Tel. 47951

An
den Herrn Landrat
des Kreises Stormarn
in Bad-Oldesloe



Betr.: Entschädigungsverfahren nach dem Bundesgesetz
zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen
Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz - BEG -)
vom 29.6.1956 (BGBl. I S. 562)

des Marthe L u n d
geboren am 5. 11. 1877
wohnhaft in Hamburg-Poppenbüttel, Emekesweg 36, Haus 4
Zimmer 2

Zur Klärung des Sachverhalts in dem vorbezeichneten
Verfahren wird unter Hinweis auf § 191 Abs. 3 des Bun-
desentschädigungsgesetzes um Überlassung der

Kreisakte

Aktenzeichen

zur Einsichtnahme gebeten.

Die Rücksendung der Akten erfolgt unaufgefordert nach
Gebrauch.

Auf Anordnung:
gez. Wagner



Begleitet:
Wagner
Angestellte

15

20. Mai 1958.

Sozialamt
40/14 Land -

D./-

1/ An das
Landesentschädigungsamt
Schleswig-Holstein,

24/5

K i e l .

Betr.: Entschädigungsverfahren Frau Martha L u n d , Hamburg-
Poppenbüttel.

Bezug: Schreiben vom 10. Mai 1958 -Aktz.: L 844 - 16 -

In Erledigung des vorgenannten Schreibens übersende ich anliegend
meine Handakten und bitte um Rückgabe derselben nach Abschluss des
Entschädigungsverfahrens.

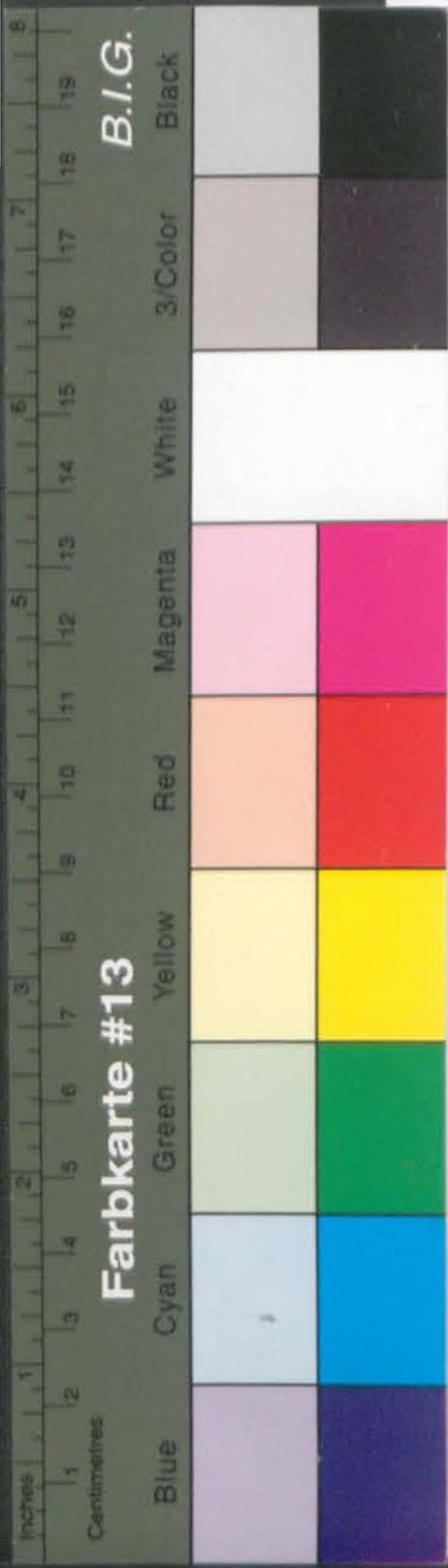
2/5.

Im Auftrage des Landrates:

Sozialamt
Schleswig-Holstein
Kiel

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

